

Vor Beratung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte eine Sitzungspause von 20 Minuten.

Herr Raubach wies auf die noch nicht abschließend behandelten Änderungsvorschläge gemäß der mit der Einladung versandten Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt hin.

Für den behindertengerechten Eingang des Ärztehauses liege eine Kostenschätzung des Fachbereiches Gebäudemanagement mit einer Bezifferung von 68.500 € brutto vor. Der Bürgermeister ergänzte, dass die Eigentümergemeinschaft auch bei voller Kostenzusicherung durch die Stadt bislang nicht bereit war, einem entsprechenden Umbau zuzustimmen. Eine erneute Erörterung soll im Rahmen der Eigentümerversammlung im Sommer 2009 erfolgen. Dabei werde versucht, eine Kostenbeteiligung der Miteigentümer zu erreichen. Daher sollten die v.g. Kosten in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Wagner begrüßte seitens der CDU-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung. Dem schloss sich Herr Knülle für die SPD-Fraktion an.

Auf Rückfrage von Herrn Züll teilte der Bürgermeister mit, dass eine rechtliche Verpflichtung zur Herstellung des behindertengerechten Eingangs nicht bestehe.

Anschließend ließ der Bürgermeister über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen:

einstimmig

Als weiteren offenen Punkt führte Herr Raubach die zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 557.750 € für die Umbaumaßnahme OGS (siehe Drucksachen-Nr. 09/0016) auf.

Herr Knülle erläuterte, die Zustimmung der SPD-Fraktion sei nicht als Zustimmung zu der Entwicklung der Baumaßnahmen zu verstehen.

Anschließend ließ der Bürgermeister über die zusätzliche Aufnahme der v.g. Mittel in den Haushalt abstimmen.

einstimmig

Hinsichtlich des Vorziehens der Investitionen zur Erneuerung von drei Fachräumen am Schulzentrum Niederpleis (Antrag der SPD-Fraktion) erläuterte Herr Lübken, dass die mit der Schule und der Politik vorgesehenen Gespräche auf den 12.03.09 und den 18.03.09 verschoben wurden. Soweit erforderlich werde die Maßnahme über einen Nachtragshaushalt abgesichert.

Herr Knülle stellte anschließend den Antrag zurück.

Zu den Schwebetüren in der Mehrzweckhalle Mülldorf führte Herr Gleß aus, dass eine Instandsetzung erforderlich sei. Die Maßnahme könne aus dem laufenden Budget des Fachbereiches Gebäudemanagement gedeckt werden. Zusätzliche Haushaltsmittel müssten nicht veranschlagt werden.

Herr Knülle stellte anschließend den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zusätzliche Mittel in Höhe von 30.000 € für die Erstellung eines Dachflächenkatasters zur Nutzung regenerativer Energien einzustellen, erläuterte der Bürgermeister den aktuellen Sachstand. Der Rhein-Sieg-Kreis werde ein umfassendes, kreisweites Kataster erstellen, welches bis Ende dieses Jahres via Internet aufgerufen werden kann. Der Stadt entstünden hierfür keine Kosten.

Herr Raubach wies auf die im nicht öffentlichen Teil anstehende Auftragsvergabe hin (Verkehrsgutachten zur Zentrumserschließung, Drucksachen-Nr. 09/0075). Aus haushaltsrechtlichen Gründen müssten der Aufwand und Ertrag hierfür in Höhe von jeweils 50.000 € im Haushalt abgebildet werden.

Im Anschluss hieran bat Herr Knülle um Beratung und Beschlussfassung zu den seitens der SPD-Fraktion gestellten Anträgen zu den operativen und strategischen Zielen sowie konkreten Maßnahmen. Er bedauerte, dass die CDU- und FDP-Fraktion hierzu bereits im Vorfeld dieser Sitzung mitgeteilt hat, eine gründliche und abschließende Beratung nicht vornehmen zu können. Dem könne nicht gefolgt werden. Herr Knülle verteilte darauf hin ein Papier mit den aus Sicht der SPD-Fraktion 10 wichtigsten Anträgen. Diese sollten heute beraten und beschlossen werden. Die übrigen Anträge könnten in die Arbeitsgruppe verwiesen werden.

Für die CDU-Fraktion erklärte Herr Wagner, nicht in der Lage zu sein, über diese 10 Anträge in der heutigen Sitzung zu beraten und zu entscheiden. Daher müssten diese abgelehnt werden. Vor dem Hintergrund der Wichtigkeit halte er eine fachmännische Begleitung bei einer Beratung für erforderlich. Gerade zu diesem Zweck sei die Arbeitsgruppe unter Hinzuziehung externen Sachverständigen eingerichtet worden.

Dem schloss sich Frau Jung für die FDP-Fraktion im Wesentlichen an. Sie und Herr Züll bedauerten, dass seitens der SPD-Fraktion die in deren Augen 10 wichtigsten Anträge nicht vor der Sitzung allen Mitgliedern des Rates mitgeteilt wurden.

Herr Metz teilte für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit, dass entsprechend der Vereinbarung im Haupt- und Finanzausschuss eine Mitteilung an die SPD-Fraktion erfolgt sei, welche Anträge nach fraktionsinterner Beratung als unstrittig angesehen werden. Es könne nicht sein, jeden Antrag zu Zielen und Maßnahmen in die Arbeitsgruppe zu verweisen. Er halte eine Behandlung der 10 Anträge der SPD-Fraktion für vertretbar. Dem schloss sich Herr Knülle an. Alle Anträge der SPD-Fraktion seien seit der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 28.01.2009 bekannt. Er bedauerte die Haltung der CDU- und FDP-Fraktion.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, las Herr Raubach die soeben vorgelegten 10 Anträge der SPD-Fraktion vor. Nach dem die ersten beiden Anträge vom Bürgermeister zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich abgelehnt wurden, unterbrach dieser die weitere Verlesung.

Der Bürgermeister bedauerte, dass möglicherweise vernünftige Anträge abgelehnt werden. Im Rahmen einer Erörterung in der Arbeitsgruppe könnte diesen durchaus entsprochen werden. Es sei nicht zu erkennen, dass eine Haushaltsrelevanz bestehe, die eine sofortige Umsetzung

erfordere. Er bat die SPD-Fraktion darum, die weitere Beratung und Abstimmung zu unterbrechen.

Nach einer kurzen Diskussion unterbrach der Bürgermeister auf Antrag von Herrn Knülle für 25 Minuten die Sitzung.

Für die SPD-Fraktion erklärte anschließend Herr Dr. Frank, dass einer Verweisung aller Anträge in die Arbeitsgruppe zugestimmt werde. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sich die CDU-Fraktion zu einer ausführlichen Diskussion in der Arbeitsgruppe bereit erkläre. Darüber hinaus solle der Bürgermeister die Angelegenheit zur Chefsache erklären.

Er rief das in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 11.02.09 abgestimmte Verfahren in Erinnerung. Die SPD-Fraktion bedauere, dass seitens der CDU- und FDP-Fraktion nicht entsprechend verfahren worden sei. Demnach sollte eine Prüfung der Anträge erfolgen und eine Behandlung in der Arbeitsgruppe vorgenommen werden, soweit nicht eine mehrheitliche Zustimmung für die heutige Sitzung signalisiert werden könne. Es sei eine Verpflichtung, sich mit Vorschlägen des politischen Gegners zu befassen. Dabei gestand er ein, dass die 10 für die SPD-Fraktion wichtigsten Anträge verspätet vorgelegt wurden.

Dem Vorschlag von Herrn Dr. Frank wurde seitens der CDU-Fraktion, Herrn Wagner, und dem Bürgermeister zugestimmt.

Anschließend hielten die Vorsitzenden der Fraktionen,

Herr Wagner für die CDU-Fraktion,
Herr Knülle für die SPD-Fraktion,
Herr Metz für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Jung für die FDP-Fraktion

sowie

Herr Köhler als fraktionsloses Ratsmitglied

ihre Haushaltsreden.

Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Knülle erläuterte der Bürgermeister, dass eine zusätzliche Berücksichtigung der Personalkosten für die Einstellung von vier Architekten (siehe Tagesordnungspunkt 7.2) nicht erforderlich sei. Die Mittel könnten aus dem vorhandenen Budget durch Einsparungen bei im Laufe des Jahres freiwerdenden Stellen aufgebracht werden.

Danach fasste der Rat folgenden Beschluss: